

Kameradschaft

Aktiv

Mitteilungsblatt



Juli/ August 2023 - Nr. 7/ 8

Aktuell – informativ – kritisch



Sommer 2023

**Der Präsidenten-
brief an die Kame-
radschaften**

Seite 2

**Die mühsame
Gegenoffensive**

Seite 2-3

**Wahlen in der
Slowakei**

Seite 6

**Aktuelle Berichte
aus den Kamerad-
schaften**

ab Seite 11



Der Präsidenten-brief an die Kameradschaften



SKB Präsident
Josef Michael Hohenwarter

Liebe Kameraden!

2023 ist ein Jahr der Jubelfeste: ich hatte die Ehre bei zahlreichen Jubiläen dabei sein zu dürfen. Ich darf sämtlichen jubelierenden Vereinen eine große Anerkennung aussprechen. Überall waren die Feste bestens organisiert und boten einen würdigen Rahmen für die Festakte. Ich weiß, dass es zunehmend schwieriger ist, Leute zur ehrenamtlichen Arbeit zu motivieren. Umso höher ist das Engagement vieler Helferinnen und Helfer bei diesen Jubelfesten zu schätzen. Diese Jubelfeste sind dabei kein Selbstzweck. Mit diesen ist eine große Außenwirkung in den Gemeinden verbunden. Die Kameradschaften schaffen sich damit ein Podium, auf dem sie wahrgenommen werden und für ihre Werte und Prinzipien sichtbar eintreten können. Mit der Präsidiumssitzung am 18. August in Altenmarkt hat das Landespräsidium bei hochsommerlichen Temperaturen mit der Intensivphase der Herbstarbeit begonnen. Wir haben mit der 37. Internationalen Friedenswallfahrt am 1. Oktober und dem Milizschießen in Glanegg am 7. Oktober zwei Großveranstaltungen vor uns. Die Friedenswallfahrt wird

mit der Segnung des neuen Landesehrenmals des Salzburger Kameradschaftsbundes einen besonderen Höhepunkt aufweisen, der sicherlich noch lange in Erinnerung bleiben wird. Das neue Landesehrenmal wurde von Künstler Hans Weyringer geschaffen. Die Kosten werden durch Spenden, Subventionen und die Beiträge von allen Kameradschaften des Landes, eine Tatsache auf die ich wirklich sehr stolz bin, aufgebracht. Damit wird zum Ausdruck gebracht, dass dieses neue Ehrenmal unser aller Ehrenmal ist. Ich würde mich daher auch ganz besonders darüber freuen, wenn in diesem Jahr noch mehr Kameraden als dies sonst der Fall ist, an der Friedenswallfahrt teilnehmen und damit bekunden, dass diese Wallfahrt gerade jetzt ein wichtiges Zeichen für Frieden und Versöhnung ist. Das Milizschießen wird in gewohntem Rahmen in Glanegg mit Unterstützung des Österreichischen Bundesheeres stattfinden und hoffentlich wieder zahlreiche Kameraden und Gäste zum sportlichen Wettbewerb zusammenführen. Unsere Organisationsreferentin Ute Huber hat den Sommer für sämtliche Vorbereitungen gut genutzt, so dass wir uns wieder auf gut organisierte Veranstaltungen freuen dürfen, bei denen kein Detail dem Zufall überlassen wurde. Mit einem guten Team, gestützt auf aktive Kameradschaften und Traditionsverbände, bereitet es Spaß dem Salzburger Kameradschaftsbund als Präsident vorstehen zu dürfen.

Euer
Bgm. Josef M. Hohenwarter
Präsident

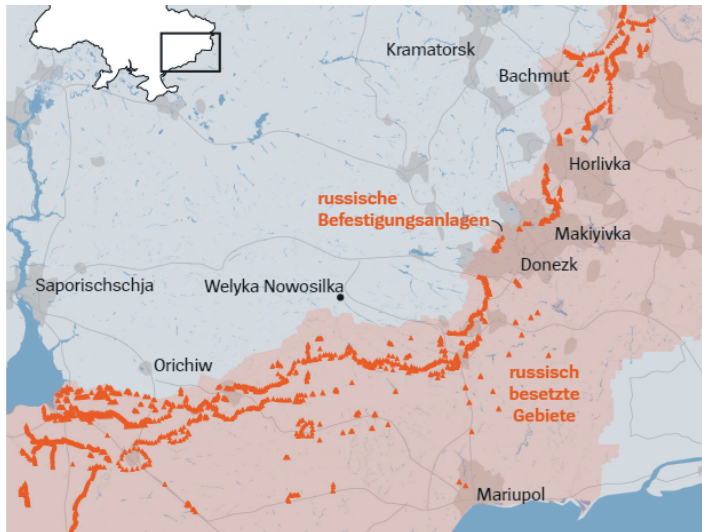
Ukraine-Russland: Die mühsame Gegenoffensive

Lange währten die Spekulationen um den Beginn der ukrainischen Gegenoffensive gegen die russischen Verbände. Diese lief am 5. Juni 2023 an. Im unmittelbaren Zusammenhang damit stand die Sprengung des Kachowka-Staudammes am 6. Juni 2023 durch die Russen. Unter Inkaufnahme gewaltiger ziviler Schäden wurde im Überflutungsgebiet des Dnjepr ein Übersetzen der Ukrainer unmöglich gemacht (mit kleineren Kommandoverbänden konnten sich die Ukrainer allerdings im Bereich der Antoniówka Brücke bei Cherson festsetzen). Die Russen konnten mehrere Brigaden aus diesem Abschnitt abziehen und zur Verstärkung ihrer Linien im Abschnitt nördlich von Melitopol heranziehen, wo die ukrainische Offensive erwartet wurde. Die russische Seite hatte die Zeit bis zum Anlaufen der ukrainischen Gegenoffensive genutzt und ein tiefgestaffeltes gut ausgebautes Verteidigungssystem errichtet („Surowikin-Linie“). Mit dem Anlaufen der ukrainischen Offensive vertiefte sich der Graben zwischen Wagner-Chef Jewgeni Prigoschin und der russischen Führung deutlich. Am 6. Juni behauptete Prigoschin, die regulären russischen Streitkräfte hätten absichtlich seine Einheiten angegriffen. Mit dem Anlaufen der ukrainischen Offensive intensivierte Russland die Luftangriffe auf die Ukraine, womit die Verlegung ukrainischer Luftverteidigungskräfte weg von der Front in die Tiefe des Raumes erzwungen werden sollte.

Sondierungsangriffe und Scheitern der ersten Phase

Die ukrainische Offensive begann an mehreren Stellen

mit kleineren Sondierungsangriffen, auch irreguläre Kräfte wurden im Raum Belgorod aktiv. Angriffe auf Logistikknotenpunkte und Kommandostrukturen im Hinterland, u.a. mit Storm-Shadow-Raketen unterstützten die Offensive, die an drei Hauptangriffsachsen erfolgte (Bachmut, nordwestlich von Mariupol und nördlich von Tokmak). Bei Tokmak lag zunächst der Angriffsschwerpunkt der Ukrainer, die dort mit mehreren bataillonsstarken Kampfgruppen (400-500 Mann) angriffen. Die Angriffsverbände gehörten zu den „Elite-Brigaden“ (u.a. 33. und 47. „Magura“), die mit Leopard II und anderem westlichen Gerät ausgestattet sind. Die stark ausgebauten, von Minen geschützten, russischen Stellungen erwiesen sich für die Angreifer als großes Problem. Mit dem ferngesteuerten Minensystem „Zemljedilje“ sind die Russen in der Lage, Minenfelder in einer Entfernung von fünf bis 15 Kilometer zu legen, in einigen Fällen direkt in den Weg der vorrückenden ukrainischen Kolonnen. Deren Vorrücken konnte daher nur schrittweise erfolgen. Die in den Minenfeldern festgefahrenen gepanzerten ukrainischen Verbände wurden von Artillerie eingedeckt, von Drohnen angegriffen und sahen sich den KA-52 Hubschraubern („Alligator“), die die ukrainischen Panzer aus sicherer Entfernung mit ihren „Wichr“-Raketen beschossen, ausgesetzt. Bis in die erste Augsthälfte standen bis zu 30% des vom Westen gelieferten Gerätes auf der Verlustliste. Analysten sprachen davon, dass die erste Phase der ukrainischen Gegenoffensive klar gescheitert war. Obwohl in dieser Phase ein klarer russischer Abwehrerfolg zu verzeichnen war, müssen auch die



„Surowikin-Linie“: Die russischen Befestigungsanlagen im Südschnitt der Front.

russischen Verluste enorm gewesen sein. Am 13. Juni fiel Generalmajor Sergej Gorjatschew, der Stabschef der 35. Russischen Armee, bei einem Raketenangriff in der Region Saporoschschje.

Meuterei der Wagner-Söldner

Von den zwölf neuen Armeebrigaden, die die Ukrainer für die Gegenoffensive aufgestellt hatten, wurden in dieser ersten Phase der Offensive nur drei oder vier herangezogen und auch von diesen keine in voller Stärke. Am 23. Juni begann eine Meuterei der Wagner-Söldner, mit Schwergewicht in Rostow an Don, die sich anschickten gegen Moskau zu marschieren. Diese Meuterei, die durch eine zwielichtige „Vermittlung“ des weißrussischen Staatschefs Alexander Lukaschenko am 24. Juni beendet werden konnte, war erstmals eine direkte Brückierung und Herausforderung von Präsident Wladimir Putin durch Jewgeni Prigoschin. Zwar blieb dieser nach dem Zusammenbruch der Meuterei vorerst persönlich unbehelligt (möglicherweise braucht man ihn noch für Dienste in Afrika), allerdings verschwanden einige russische Generäle, denen Mitwisserschaft angelastet wurde, von der Bildfläche, so auch General Surowikin, bekannt auf Grund seiner rücksichtslosen Kriegsführung als „General Har-

mageddon“. Nach dem Scheitern des ersten Ansatzes der Gegenoffensive ging die ukrainische Seite dazu über, mit kleinen Sturmgruppen anzugreifen. So versuchte man nun geschützt in den Windschutzgürteln vorzumarschieren: Soldaten werden bis zu einer bestimmten Stelle, meist mit starkem Bewuchs oder zu einem bereits eingenommenen Dorf gebracht, von wo sie versuchen, weiter vorzudringen. Wenn sie eine dieser Linien erreicht haben, beherrschen sie automatisch das nächste Feld und so weiter. Die Schnelligkeit des Vorstoßes musste dabei aufgegeben werden. Allerdings gelang es auf diese Weise an verschiedenen Abschnitten Gebietsgewinne zu erzielen. Gebietsgewinne, die jedoch keinen Durchbruch zur Folge hatten. Ab Mitte Juli gewann die Seekomponente wieder an Bedeutung.

Getreideabkommen-Kriegsschauplatz Schwarzes Meer

Heftige Angriffe auf Odessa und den Donauhafen Ismail an der rumänischen Grenze waren begleitet von der Kündigung des Getreideexportabkommens durch die russische Seite. Diese erfolgte mit der klaren Absicht, Staaten, die auf Getreideimporte angewiesen sind, auf die russische Seite zu ziehen. Russland wollte damit

punkten, Exportgarantien bieten zu können. Diese russische Absicht wurde durch die Ukraine unterlaufen, die mehrere russische Schwarzmeerhäfen zu Sperrzonen erklärte. Dieser Erklärung wurde mit Drohnen- und Seedrohnenangriffen auf die Krim und den Hafen von Noworossijsk Nachdruck verliehen. Am 5. August wurde in Noworossijsk das Landungsschiff „Olenegorski Gornjak“ durch einen Drohnen-treffer schwer beschädigt. Die russische Seite versuchte durch eine Operation der 1. Gardepanzerarmee im Raum Swatowe, im Nordostabschnitt der Front, den Druck auf die Ukraine zu erhöhen. Zwar konnten dort Geländegewinne erzielt werden, eine Verlegung ukrainischer Kräfte in diesen Abschnitt fand aber nicht statt. Jedoch sah sich die ukrainische Führung veranlasst, der Zivilbevölkerung die Räumung der Stadt Kupjansk anzuordnen. Insgesamt versuchte die ukrainische Führung die Initiative zu behalten, was durch die Fortsetzung der Offensive auch nach mehr als 70 Tagen seit ihrem Beginn unterstrichen wurde. Dies führte dazu, dass nahezu alle neu ausgerüsteten Offensivbrigaden der Ukraine im Einsatz standen, auch die 116., 117. und 118. der zweiten Staffel.

Nachschubrouten-Zermürbung

Einzig die 82. Luftsturm-Brigade wurde noch zurückgehalten. Geländegewinne wurden weiterhin nur in geringem Ausmaß erzielt. Auffällig ist jedoch, dass sich die ukrainische Seite nun darauf konzentrierte, die russische Artillerie abzunutzen und die Verbindungen zur Krim und von der Krim nach Norden zu stören bzw. zu unterbrechen. Letzteres ist bisher noch nicht gelungen, zumal die Ukraine nicht über die dafür benötigten Waffen verfügt (die Storm Shadows sind primär gegen gehärtete Ziele entwickelt worden). Der heftige Angriff der Russen auf den Flugplatz von Staro-

kostjantyniw, zuletzt am 26. Juli 2023, von wo die ukrainischen SU-24M mit den Storm Shadows zum Angriff gegen die Krimbrücken aufstiegen, zeigte jedoch, dass die russische Führung eine ernsthafte Bedrohung erkannt hat und diese ausschalten wollte. Der ukrainische Ansatz zielt auch darauf, die russischen Streitkräfte im unmittelbar betroffenen Frontbereich so abzunutzen, dass sie nicht mehr ausreichend abwehrfähig sind. Vor allem im Bereich nördlich von Tokmak-Orichiw stehen die russischen Verbände unter großem Druck. Das 70. und 71. mot. Schützenregiment Russlands dürfte stark abgenutzt sein. Um die beiden Regimenter aus der Front ziehen zu können, wurden in der ersten Augusthälfte mehrere Luftlandeverbände aus dem Dnjepr-Abschnitt dorthin verlegt. Sollten die russischen Truppen in einem solchen Ausmaß zermürt werden können, dass eine Räumung des Abschnittes nördlich der Krim bzw. der Krim selbst erforderlich ist, um die Verbände zu retten, könnte sich das Szenario von Cherson aus dem Jahr 2022 wiederholen. Wäre das der Fall bzw. würde eine Räumung nicht freiwillig erfolgen, stünde die in Reserve gehaltene 82. Luftsturm-Brigade für den finalen Schlag bereit, der dann den Krieg entscheiden würde. Vorerst läuft jedoch der Abnutzungskrieg uneingeschränkt weiter. Die russische Führung ist gewillt, diesen fortzusetzen und um weitere Facetten auszuweiten (Einsatz von Hunger und Migration als Waffen), in der Hoffnung, dass der Westen entnervt vom Misserfolg der Gegenoffensive und zermürt von innenpolitischen Zerrspielen, die Ukraine fallen lässt. Zumindest kurzfristig dürfte dieses Kalkül nicht aufgehen, was die Ankündigung der US-Administration vom 12. August klarmacht, welche der ukrainischen Seite weitere umfangreiche Finanz- und Rüstungshilfen zur Verfügung stellen will.

Abgeschlossen 14.8.2023



Aus dem ÖKB-Bundesvorstand



ÖKB Präsident

Bgm. a.D. Ludwig Bieringer

Liebe Kameraden!

Anfang August flammte eine Diskussion rund um einen Vorschlag von Verteidigungsministerin Klaudia Tanner und Bildungsminister Martin Polaschek auf. Dieser sieht vor, zur Behebung des Lehrkräftemangels auch in Soldatenkreisen Lehrer als Quereinsteiger anzuwerben. Zahlreiche andere Länder bieten

ehemaligen Soldaten bereits seit langem gute Berufsmöglichkeiten im staatlichen Sektor an, was der Werbung von Soldaten für die Armee sehr zuträglich ist. Mit der Anwerbung von Soldaten als Lehrer könnte auch dem Thema Landesverteidigung im Unterricht wieder größerer Stellenwert eingeräumt werden. Eine Maßnahme, die dringend notwendig erscheint, wenn man in Betracht zieht, wie es mit der Wehrgesinnung in Österreich insgesamt bestellt ist. Auch sind Soldaten als Lehrer keinesfalls ohne Expertise: es ist ja durchaus so, dass Soldaten im Ausbildungsdienst in einer Art „Lehrerfunktion“ tätig sind. Sie müssen tagtäglich jungen Menschen Können und Wissen vermitteln und tun dies auf Grundlage pädagogischer Schulungen und einer umfangreichen Ausbildung in punkto Füh-

rungsverhalten und Menschenführung. Der oberste Lehrervertreter Paul Kimberger unterstützte daher den ministeriellen Vorschlag und sagte, dass er sich selbst als Milizsoldat einst in Richtung Schule orientiert habe. Trotzdem war der Aufschrei der „üblichen Verdächtigen“ nicht zu überhören. Die Österreichische Hochschüler-schaft stellte fest, selbstverständlich in einem bis zur Unleserlichkeit verballhorn-ten Gendersprech, dass Soldaten in Schulklassen nichts verloren hätten, befürchtete einen verstärkten Einfluss des Bundesheeres in den Schulklassen und letztlich (das geht gar nicht!) ein militarisiertes Bildungswesen. Im Gegenteil wäre es wichtiger, Themen wie Klimakrise und Antidiskriminierung in den Lehrplänen zu verankern, so als ob diese nicht schon bis zum Erbrechen

tagtäglich wiedergekaut würden. Ehrlicher, wenn auch sachlich falsch, wäre es, wenn die Österreichische Hochschüler-schaft sagen würden, dass sie mit dem Bundesheer nichts anfangen kann (noch nie konnte) und dass sie Ukrainekrieg, Migrationskrise usw. zum Trotz gegen jegliche staatlichen Sicherheitsvorkehrungen ist. Als Präsident des Österreichischen Kameradschaftsbundes ermuntere ich Soldaten, nach ihrer militärischen Laufbahn, oder parallel zu dieser (Miliz), sich in Zivilberufe einzubringen. Österreich braucht Euch, Eure Pflichtauffassung und Expertise!

Das meint Euer

Ludwig Bieringer
Präsident

Auf Horchposten

Material und Personal

Der deutsche Reservistenverband sieht ohne Wiedereinführung der Wehrpflicht die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands in Gefahr. Verbandspräsident Patrick Sensburg sagte der „Berliner Zeitung“, er halte selbst das von der deutschen Regierung angegebene Ziel von 203.000 Soldaten bis 2031 für nicht ausreichend. „Vielmehr sollten sich die Planungen an der Personalstärke ausrichten, die nötig ist, um Deutschland wieder verteidigungsfähig zu machen. Ohne Wehrpflicht als Teil einer Dienstpflicht werden wir Deutschland aber nicht verteidigungsfähig machen“, so Sensburg. Er hatte die Aussetzung der Wehrpflicht wiederholt als Fehler bezeichnet. Die Wehrpflicht war 2011 nach 55 Jahren

unter dem damaligen CSU-Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg unter billigender Duldung von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) ausgesetzt worden, was in der Praxis einer Abschaffung von Wehr- und Zivildienst gleichkam. Die deutsche Bundeswehr hat derzeit etwa 183.000 Männer und Frauen in Uniform. Erklärtes Ziel ist es, bis zum Jahr 2031 auf 203.000 Soldaten zu kommen. Auch in Österreich war heftig über Wehrpflicht/Zivildienst und Berufsheer diskutiert worden, besonders als der damalige Verteidigungsminister Norbert Darabos unseligen Andenkens seine beachtliche Kehrtwendung in Erfüllung der Vorgaben des Wiener Bürgermeisters Michael Häupl einlegte und vom Wehrpflichtkurs der SPÖ auf

einen Berufsheerkurs umschwenkte („Die Wehrpflicht ist für mich in Stein gemeißelt“, hatte er noch kurz vorher getönt). Das österreichische Volk hatte sich jedoch trotz des politischen Hick-Hacks und zahlreicher Schmalmeientöne, wie toll doch so ein Berufsheer sei, seine Vernunft bewahrt und erteilte den Berufsheerphantasien (auch der nachmalige Adjutant des Bundespräsidenten, Generalmajor Thomas Starlinger, zählte zu dessen heftigsten Verfechtern!) am 20. Jänner 2013 eine deutliche Absage. Der deutsche Fehler wurde somit hierzulande ausnahmsweise nicht wiederholt. Zwar war und ist das Bundesheer auf Grund des drastischen Sparkurses der letzten Jahre von zahlreichen Mängeln geplagt, deren Behebung die öster-



reichische Bundesregierung nach dem Schock des russischen Angriffes auf die Ukraine nun jedoch vorantreiben will („Mission vorwärts“). Materiell wird also deutlich nachgebessert. Bleibt die drängende Frage, wer das alles fahren, fliegen und bedienen soll. Mit Berufssoldaten allein, wird das nicht funktionieren. Die naheliegendste Lösung dafür ist die Wiederbelebung des Milizsystems, mit verpflichtenden wiederkehrenden Übungen im Verband. Dies wäre nicht nur ein Gebot der Verfassung, sondern vor allem auch der gegebenen Umstände. Wie sagte Andreas Hofer: „Mander s'ischt Zeit!“



Die österreichische Neutralität und ihre Bedeutung in der GASP/GSVP der EU sowie der NATO/PfP

Die Neutralität erfreut sich durchgehend hoher Zustimmung der österreichischen Bevölkerung und genauso eindeutig wird ein NATO-Beitritt des Landes abgelehnt. Nachdem in den letzten beiden Beiträgen NATO-Themen im Vordergrund standen, soll dieses Mal unsere Neutralität im Verhältnis zur EU und zur NATO-Partnerschaft kurz umrissen werden. Wie wir alle wissen, liegt der Geburtsort der österreichischen Neutralität in Moskau, da die Sowjets damit verhindern wollten, dass ein souveränes Österreich der NATO beitreten könnte und sie somit zur Vorbedingung des Staatsvertrages machten. Dieser wurde im Mai 1955 unterzeichnet und wenige Monate später, im Oktober desselben Jahres, die immerwährende Neutralität „aus freien Stücken“ beschlossen. Das diesbezügliche Bundesverfassungsgesetz gelobte, die Neutralität mit allen zu Gebote stehenden Mitteln aufrechtzuerhalten und zu verteidigen und verbot einen Beitritt zu einem Militärbündnis sowie die dauerhafte Stationierung fremder Truppen auf unserem Staatsgebiet. Für die nächsten 35 Jahre lag damit das neutrale Land an der Schnittstelle zwischen Ost und West im Kalten Krieg, konnte sich als Ort der Begegnung inszenieren und nahm das Gelöbnis der Verteidigung nie so ernst wie die Schweiz, nach deren „Muster“ wir uns eigentlich hätten orientieren sollen. Das Ende der Blockkonfrontation sah eine zumindest vorübergehende Handlungsfreiheit der UNO, die zum Zweiten Golfkrieg führte. Eine UN-Resolution ermächtigte eine internationale Streitmacht

unter Führung der USA zur Vertreibung irakischer Truppen aus Kuwait. Dazu waren auch US-Panzer aus der Bundesrepublik Deutschland nötig, die über österreichisches Gebiet in den Einsatzraum verlegt werden mussten. Der anfängliche Widerstand unserer Neutralität wegen erlosch schnell, da wir im Vorfeld die UN-Resolution unterstützten und 1991 als nichtständiges Mitglied im Sicherheitsrat saßen. Von nun an galt: bei Umsetzung eines UN-Mandats gilt unsere Neutralität nicht mehr.

EU-Beitritt ohne Vorbehalt

Zur selben Zeit nutzten viele Staaten Europas die neugewonnene Unabhängigkeit und strebten den Beitritt zur EU und zur NATO an. Österreich nur zur EU, was auch 1995 nach Volksabstimmung vollzogen wurde. Und zwar ohne Neutralitätsvorbehalt aber mit einer offiziellen Erklärung an Brüssel, dass sich Österreich „konstruktiv“ an der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der EU beteiligen werde. Diesbezüglich wurde die Bundesverfassung geändert und letztendlich der Artikel 23j eingefügt, der auch die Mitwirkung an der Gemeinsamen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (GSVP) der EU ermöglicht. Das bedeutet, dass die Neutralität für Beschlüsse der GASP/GSVP nicht mehr gilt, was eigentlich logisch ist, arbeitet Österreich doch an diesen einstimmigen Ratsbeschlüssen als EU-Mitglied vollberechtigt mit. Das geht bis zu „robusten“ militärischen Einsätzen, gemeinsamen Rüstungsprojekten und

bis zu einer europäischen Verteidigung, wenn dies die EU-Mitglieder so wollen. Unter die derzeit gültige GSVP fällt auch die Beistandsklausel gemäß Artikel 42 Absatz 7 EU-Vertrag für den Fall eines Angriffs auf ein EU-Mitglied. Diese wurde 2015 nach den Terroranschlägen von Frankreich aktiviert und Österreich sagte danach in Abstimmung mit Paris zu, seine Truppenkontingente bei den Einsätzen in Afrika aufzustocken. Die von vielen hier vorgebrachte „Irische Klausel“ zieht nicht, da wir in der EU nicht neutral sind. Die in der EU eigentlich nicht geltende Neutralität kann aber neutralitätspolitisch wieder zum Leben erweckt werden. So geschieht das derzeit bei den EU-Beschlüssen zum Krieg in der Ukraine. Österreich behindert zwar nicht die Durchfuhr von Waffen wie Ungarn, legt aber vor allem aus innenpolitischen Gründen Wert darauf, dass der eigene Anteil an der Hilfe für die Ukraine nur zivile Güter umfasst und wir uns weder an Rüstungsprojekten, wie der gemeinsamen Munitionsbeschaffung, noch an der Ausbildung ukrainischer Soldaten beteiligen. Neutralitätsrechtlich wäre das nicht nötig, da die europäische Hilfe für Kiew auf EU-Beschlüssen beruht, neutralitätspolitisch wird eben doch auf diese Distanzierung Wert gelegt. Vermutlich, weil eine zu ausgeprägte Unterstützung für die Ukraine einen zu großen Erklärungsbedarf daheim und vielleicht auch gegenüber Russland erfordern würde, dem Land, das immer wieder Wert darauf legte, dass Österreich neutral bleibt. Von der Größe vergleichbare Staaten wie Bel-

gien zeigen, dass es auch anders geht. So hat das kleine Königreich bereits über 1000 ukrainische Soldaten ausgebildet; Belgien ist aber auch ein NATO-Alliiertes. Wir sind „nur“ Partner des nordatlantischen Bündnisses und das ebenfalls seit 1995. Die Teilnahme an der „Partnership for Peace“ (PfP) ist neutralitätsrechtlich unbedenklich, da wir dem Militärbündnis NATO eben nicht beigetreten sind, die Tiefe unserer partnerschaftlichen Beziehung wie jeder Partnerstaat selbst bestimmen und uns an den NATO-Einsätzen nur dann beteiligen, wenn diese in unserem Interesse liegen und von einem UN-Mandat gedeckt sind. So hält es ja auch die neutrale Schweiz, die nun wie wir der Initiative „Sky Shield“ beitreten will. Wie dort die neutralitätsrechtlichen Bedingungen geklärt werden, ist Teil der laufenden Verhandlungen. So zeigt sich also abschließend, dass unsere Neutralität in rechtlicher Hinsicht im Rahmen der GASP/GSVP der EU keine Bedeutung mehr hat, da das die österreichische Bundesregierung und der Nationalrat 1995 bzw. 2007/09 im Rahmen des Lissabonner Vertrags so bestimmt haben. Und damit sollten österreichische Bundesregierungen wie damals angekündigt, „konstruktiv mitwirken“, statt sich „konstruktiv (zu) enthalten“.

Anmerkung: große Teile des oben dargelegten EU-Aspektes wurden von Gerhard Jandl „Neutralität – wozu?“ entnommen, erschienen im AIES Kommentar 3/2022, Wien 2022.

Oberst i.R. Mag. Otto Naderer



Brennpunkte der Weltpolitik:

Slowakei- ein Land im Schlingerkurs



Wahlplakat der ungarisch-slowakischen Hybridpartei „Most-Híd“ („Brücke“) bei Neusohl.

„Nach Gesprächen mit meinen Kollegen, der Bewertung der politischen Realität und vor allem dessen, was am besten ist für die Slowakei habe ich entschieden, dass es die von Konflikten traumatisierte Slowakei nicht verdient hat, dass die politische Krise auch nur einen einzigen weiteren Tag weitergeht“, gab Ministerpräsident Eduard Heger am 7. Mai 2023 seinen Rücktritt als Chef der Übergangsregierung bekannt. Diese hatte ohne eigene Mehrheit seit einer verlorenen Vertrauensabstimmung Ende 2022 nur mehr mit eingeschränkten Befugnissen im Auftrag von Staatspräsidentin Zuzana Čaputová regiert. Mit dieser Erklärung kam Heger, der noch kurz zuvor versucht hatte, seine Minderheitsregierung zu retten, der Entlassung durch Staatspräsidentin Zuzana Čaputová zuvor. Anlass für die jüngsten Verwerfungen waren die Rücktritte von Landwirtschaftsminister Samuel Vítan am 4. Mai, nach dubiosen Auftragsvergaben an eine der Familie gehörige Recyclingfirma und von Außenminister Radoslav Kacer, einem der Architekten der slo-

wakischen Unterstützung für die Ukraine. Čaputová kündigte noch am 7. Mai die Absicht zur Einsetzung einer Expertenregierung unter der Leitung des Vizegouverneurs der Slowakischen Nationalbank, Ľudovít Ódor, an, die das Land bis zur Parlamentswahl am 30. September führen soll. Durch die von der Staatspräsidentin getroffene Personalauswahl in den Schlüsselressorts ist sichergestellt, dass auch die Expertenregierung den Kurs der Unterstützung für die angegriffene Ukraine, fortsetzen wird, was allerdings nach Umfragen nicht dem Willen der Bevölkerungsmehrheit entsprechen dürfte. Auch das Parlament versagte der Expertenregierung in einer verfassungsrechtlich gebotenen Vertrauensabstimmung die Unterstützung, so dass sich diese ausschließlich auf das Mandat der Staatspräsidentin stützen kann.

Experteninnenminister tritt zurück

Nach dem Willen der Staatspräsidentin soll Ódor die slowakische Innenpolitik, die zuneh-

mend von parteipolitischen Untergriffen und Streitigkeiten geprägt war, bis zur Wahl wieder in ruhigere Gewässer führen. Seit der Ermordung des Investigativjournalisten Jan Kuciak und seiner Verlobten Martina Kusnirova im Jahr 2018, vor dem Hintergrund mafiöser Transaktionen, war die junge Republik nicht mehr zur Ruhe gekommen. Doch auch die Beamtenregierung wurde von den Turbulenzen erfasst. Am 19. Juli musste Innenminister Ivan Šimko zurücktreten, wobei Streitigkeiten mit führenden Beamten der Polizei sowie der Vorwurf politischer Einflussnahme in Ermittlungen maßgeblich gewesen sein dürften. Šimko hatte versucht in die Personalpolitik bei der Polizei einzugreifen, in deren Führung es tiefe Verwerfungen gibt, die unmittelbar mit den Versuchen zusammenhängen, die mafiösen Verfilzungen aus der Zeit des früheren Ministerpräsidenten Robert Fico zu beseitigen. Verschiedene Gruppen stehen einander gegenüber, die sich entweder vorwerfen, die Arbeit zu sabotieren oder aber, politische Säuberungen zu veranstalten. Šimko hatte offenkundig versucht, die Ernennung eines Spitzenbeamten zu verhindern, gegen den selbst ermittelt wurde, was ihm den Kopf kostete.

Ministerpräsident Ódor übernahm auch die Führung des Innenministeriums und sagte: „Politisierung und politisches Management der Polizei sind für mich inakzeptabel.“ Robert Fico, langjähriger Ministerpräsident, dessen Partei Smer-SD in den Umfragen vor der Wahl vorne liegt, nahm den Abgang Šimkos zum Anlass für Kritik an der Ermittlungsbehörde NAKA, die Korruptionsvorwürfe aus

der Zeit der Smer-SD-Regierung untersucht.

In turbulentem Fahrwasser

Auch Ficos ehemaliger Parteifreund und Nachfolger als Ministerpräsident, Peter Pellegrini, der mit eigener Partei antritt und ebenfalls in den Umfragen gut dasteht, sprach davon, dass der „bewaffnete Arm des Staates“ den Abgang des Ministers erzwungen habe und ein Teil des Staates inzwischen von der Polizei geführt werde. Die NAKA ließ sich nicht beirren und setzte am 11. August wegen Korruptionsvorwürfen mit der Verhaftung des früheren Polizeipräsidenten Tibor Gaspar, der auf prominentem Platz für die Smer-Sozialdemokratie kandidiert den nächsten Paukenschlag. Prompt sprach Robert Fico von einem „Angriff auf die stärkste Oppositionspartei“, der mit Zustimmung der Präsidentin Zuzana Čaputová geschehen sei, sowie von „Pinochet-Methoden“. Zuzana Čaputová hatte, entnervt von den ständigen Querelen, bereits am 21. Juni 2023 angekündigt, dass sie für eine zweite Funktionsperiode ab 2024 nicht mehr zur Verfügung stehe. Damit bricht ein Stabilitätsanker der Slowakei weg. Stimmen die Umfragen, dann wird abermals Robert Fico eine gewichtige Rolle spielen. Zwar wird er Koalitionspartner benötigen, insgesamt wird jedoch die (außenpolitische) Berechenbarkeit der Slowakei erodieren und werden die innenpolitischen Hahnenkämpfe weitergehen. Weder für die EU noch für Ukraine verheißen die Wahlen am 30. September 2023 Gutes.

Abgeschlossen 18.8.2023

Pallasch Zeitschrift für Militärgeschichte 33 (März-April 2010)



Pallasch Zeitschrift für Militärgeschichte 33 (März-April 2010)

Format Din A 4, 200 Seiten, zahlreiche Abbildungen, broschiert

Preis: € 14,90.-

ISBN 978-3-902721-33-4

Österreichischer Milizverlag

Salzburg 2010

Die Schlacht von Leuthen 1757 war einer der besonderen Wendepunkte im Siebenjährigen Krieg. Eigentlich erschien die Lage König Friedrichs II. von Preußen im Jahr 1756 ziemlich hoffnungslos. Eben erst hatte der König nach seiner schweren Niederlage vor Kolin (Diese Schlacht war der Anlass zur Stiftung des Militär-Maria-Theresienordens) Böhmen räumen müssen und sah sich verschiedenen Heeren gegenüber, die aus allen Richtungen gegen Preußen vormarschierten.

Die preußische Armee ihrerseits erscheint schwer geschlagen und demoralisiert und zu weiteren Großkampfeignissen nicht mehr brauchbar. In dieser Situation liegt das Heft bei König Friedrich II., der sich nicht nur als Meister militärischer Führung, sondern auch der Menschenführung erweist. Es gelingt ihm innerhalb kürzester Zeit die schlesische Armee wieder



Maria Theresia- Gegenspielerin König Friedrichs II.

kampffähig zu machen, mit der er am 4. Dezember seinen Vormarsch gegen die ebenfalls vorrückenden Österreicher beginnt. Bei Leuthen trifft die preußische Armee auf die Österreicher. König Friedrich II. vollzieht eine äußerst riskante Marschbewegung im Angesicht des Feindes und bildet am linken Flügel der Österreicher ein Schwergewicht, dessen heftiger Angriff durchschlägt.

Die Überraschung und die Niederlage der Österreicher sind dermaßen vollkommen, dass die österreichische Armee nur durch die hereinbrechende Dämmerung der Vernichtung entgeht. Der Beitrag ist dem Buch von Generalleutnant Franz Uhle-Wettler, „Höhe- und Wendepunkte deutscher Militärgeschichte“, entnommen. Ein weiterer Beitrag ist Johann Josef Wenzel Graf Radetzky gewidmet, dessen militärisches Leben in seinen Facetten

beleuchtet wird – Radetzky war der Stabschef von Fürst Karl Philipp von Schwarzenberg, der die Völkerschlacht von Leipzig befehligte und deren Konzept - Drachenberger Kriegsplan - entwarf. Österreichische Militärgeschichte ist auch Teil der Kulturgeschichte. So waren Soldaten und Militär Inspiration und Gegenstand künstlerischer Darstellungen. Zu großer Bekanntheit brachte es der Karikaturist Fritz Schönpflug, dessen Schaffen und Biographie in einem weiteren Beitrag nachgegangen wird, der zahlreiche bisher unbekannte Lebensdaten herausarbeitet. Der Wettlauf zwischen Panzerung und Panzerbekämpfungswaffen nahm im Kalten Krieg weiter an Fahrt auf und ist bis heute nicht entschieden. Auch wenn der Ukrainekrieg die Grenzen des Kampfpanzers aufzeigt, ist ein Abgesang auf diesen jedenfalls verfrüht. Ähnlich wie die Entwicklungen im Luftkrieg, bei denen

das Kampfflugzeug der Zukunft von Drohnen begleitet, unterstützt und ergänzt wird, wird dies beim Kampfpanzer der Fall sein, der als Kombination von Feuer und Bewegung ein wichtiges Kampfmittel bleiben wird.

Im Pallasch wird die Entwicklung der Reaktivpanzerung als Reaktion auf Hohlladungsgeschosse dargestellt, die ihrerseits wiederum zur Entwicklung von Tandemhohlladungsgeschossen bzw. von Abwehrlenk Waffen führte, welche Kampfpanzer von ihrer schwächsten Seite – von oben – attackieren sollten (z.B. PAL 2000 des Österreichischen Bundesheeres). Hans Edelmaier befasst sich mit Tapferkeit und Mut als soldatischen Tugenden und stellt fest, dass man „tapfer durch Anstand“ ist. Othmar Rittenschober hat in äußerst verdienstvoller Kleinarbeit die Geschichte der Hillerkaserne in Linz Ebelsberg erarbeitet, die leider auch eine der Kasernen ist, welche dem Streichungs- und Verkaufswahn mancher Heeresplaner zum Opfer fallen sollten.

Das „Wunder an der Düna“ 1919 stellte einen Wendepunkt im Kampf der Balten und der deutschen Freikorps gegen die Roten dar. Detailliert widmet sich der Autor den Geschehnissen, Personen und Verbänden, die zum Einsatz kamen. Kampf- und Erlebnisberichte („Meine Feuertaufe beim 3. Infanterieregiment der Fremdenlegion im Aures-Gebirge 1958“ bzw. zu den ersten Kampfschwimmern im österreichischen Bundesheer runden neben einem Miszellen- und Rezensionsteil diese gelungene Pallasch Ausgabe ab.